

Überbrückung der Kluft zwischen der Politik und der slowenischen Zivilgesellschaft

Der „Bund christlichen Unternehmer Sloweniens (ZKPS)“ veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) am 7. Oktober 2015 in Ljubljana ein Symposium zum Thema: „Überbrückung der Kluft zwischen der Politik und der slowenischen Zivilgesellschaft“.

Der Vorsitzende des Bundes der christlichen Unternehmer Sloweniens (ZKPS) **Dr. Drago Rudel** begrüßte zu Beginn alle anwesenden Teilnehmer aus den verschiedensten Bereichen der slowenischen Politik und Gesellschaft. Nach ihm beglückwünschte das Mitglied des Nationalrats der Republik Slowenien und Präsident der Kommission für die kommunale Selbstverwaltung **Jernej Verbič** die Veranstalter und wünschte ihnen eine erfolgreiche Konferenz.

Der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zagreb **Dr. Michael A. Lange** gab dann seiner Hoffnung Ausdruck, dass diese Konferenz eine wichtige Debatte über die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung in Slowenien in die Wege leite und begrüßte die angekündigte Einbeziehung einer Delegation des Deutschen Bundestages bzw. der Mitglieder der Deutsch-Slowenischen Parlamentariergruppe in diese Diskussion.

Der Abgeordnete im slowenischen Parlament (NSi) **Jernej Vrtovec**, eröffnete dann die Debatte mit dem Hinweis, dass ein Staat ohne die Unterstützung der Zivilgesellschaft nicht erfolgreich sein könne. Im Falle Sloweniens sei ein großer Teil der Zivilgesellschaft von „linken“ Akteuren abhängig und an der politischen Entscheidungsfindung nähmen nur wenige christlich-demokra-

tische Vertreter der slowenischen Zivilgesellschaft teil, was sich ändern müsse.

Der ehemalige slowenische Bildungsminister **Prof. Dr. Žiga Turk** bedauerte, dass als Folge des kommunistischen Systems die Meinung verbreitet sei, alles sei besser als Politik. Slowenien müsse aber in erster Linie sein eigenes politisches System weiterentwickeln und benötige dafür eine noch stärkere und unabhängigere Zivilgesellschaft. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen in Slowenien seien jedoch nicht unabhängig sondern würden staatlich finanziert. Deswegen sei es notwendig, auch auf ausländische Unterstützung zu setzen, um die slowenische zivilgesellschaftliche Szene zu stärken.

Der Direktor des Zentrums für Information, Beteiligung und Entwicklung der NGOs **Goran Forbici** war dann der Ansicht, dass sich in Slowenien eine Lücke zwischen den Bürgern und den politischen Entscheidungsträgern auftue. Es sei eindeutig, dass Slowenien erst seit 25 Jahren eine Demokratie sei, und die Entscheidungsprozesse langsam besser würden. Früher hätten öffentliche Debatten über Gesetzesentwürfe durchschnittlich sechs Tage gedauert – heute dauerten sie immerhin zwei Wochen.

Die Vertreterin des Pfadfinderverbandes **Ana Špes** präsentierte dann die Ansicht, dass eine verstärkte Beteiligung junger Menschen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einem besseren zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt führe.

In einer ersten Podiumsdiskussion zum Thema: „Die Rolle des christlich-demokratischen Zivilgesellschaft in Slowenien“ sprach der Dozent der Universität

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

Oktober 2015

www.kas.de

Ljubljana **Dr. Igor Bahovec** über die Geschichte der christlichen Bürgerbewegung. Obwohl diese Bewegung schon seit dem 19. Jahrhundert existiere, konnte sie erst parallel zu den beginnenden demokratischen Prozessen in Slowenien Fuß fassen.

Der Direktor der „Sozialakademie“ **Matej Cepin** stellte dann die Veranstaltungen der „Sozialen Woche“ vor, die als eine Plattform für christlich-demokratische Organisationen dient. Sie fördert das „Mentoring-System“, verschiedene Projekte und ihren eigenen Medienauftritt, was für solche Organisationen von entscheidender Bedeutung sei.

Der Vertreter der Bürgerinitiative „Slowenien erwache“ **Prof. Jože Mlakar** äußerte die Vermutung, dass viele politischen Entscheidungsträger in Slowenien von verschiedenen Interessengruppen beeinflusst würden, die dem christlich-demokratischen Teil der Zivilgesellschaft nicht nahestehen. Deswegen sei es wichtig genau diese Bürgerinitiative zu unterstützen und ihren Mitgliedern dabei zu helfen, sich mehr in den Bereichen Kultur, Religion und Gesellschaft zu engagieren.

Der Vertreter der Bürgerinitiative „Für Familie und Rechte des Kindes“ **Aleš Primc** warnte dann vor den Gefahren für die unabhängige Arbeit der zivilen Organisationen – die selektive Finanzierung durch den Staat. Ein solches Vorgehen schaffe eine große Ungleichheit zwischen den Organisationen und beeinflusst deren Aktionsradius.

Zu Beginn der zweiten Podiumsdiskussion zum Thema: „Zivilgesellschaft in Deutschland und Slowenien“ betonte die Vorsitzende der deutsch-slowenischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag und Präsidentin des Bundes katholischer Unternehmer aus Deutschland (BKU) **Marie-Luise Dött**. drei konkrete Aufgaben einer Zivilgesellschaft: Aufmerksamkeit schaffen, sich an der Diskussion und vor allem am politischen Entscheidungsprozess beteiligen. Die Zivilgesellschaft sei ein Bestandteil der gesamten Gesellschaft und ein Merkmal des demokratisch verfassten Rechtsstaates. Demokratie bedeute, Vielfalt der Meinungen und Einstellungen und deshalb sei eine leb-

hafte Zivilgesellschaft notwendig. Die Bürger wollen Verantwortung übernehmen und die Politiker müssen mehr auf sie hören.

Der Abgeordnete im Deutschen Bundestag **Wilfried Lorenz** führte das Beispiel seiner Heimatstadt Hannover an, wo Senioren eine Vereinigung gebildet hätten, um die Bedürfnisse älterer Mitmenschen stärker zu artikulieren, Informationen auszutauschen sowie Administrative Veränderungen auf lokaler Ebene vorzuschlagen. Obwohl die Informationstechnologie rasch voran gehe, sei der direkte Kontakt zwischen Bürgern und ihren Vertretern im Parlament unerlässlich.

Die SDS-Generalsekretärin **Alenka Jeraj** war dann der Meinung, dass die Zusammenarbeit der politischen Parteien mit den slowenischen Medien verbessert werden müsse und dass das christlich-demokratische Meinungsbild dort nicht ausreichend vertreten sei. Seitdem sie Parlamentsabgeordnete sei, sammle sie auch Erfahrungen in der Arbeit mit Parteiinstitute, die fast die einzige Möglichkeit darstellten, politische Themen öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Die Bundestagsabgeordnete **Anja Karliczek** befürwortete dann einen noch stärkeren Kontakt mit den Wählern, da noch immer ein Bild von Abgeordneten existiert, die Experten in allen Fachbereichen seien. Sie führte als Beispiel ihren Wahlkreis an, wo sie nicht nur ihre Unterstützer, sondern die gesamte Wählerschaft in die Diskussion mit einbezieht.

Der Vorsitzende der deutsch-slowenischen Parlamentariergruppe im slowenischen Parlament **Jožef Horvat** betonte dann wie stark er gesellschaftlich engagiert war, bevor er Abgeordneter geworden sei. Nur solche Abgeordneten verstünden die Prinzipien bürgerschaftlichen Engagements und wirken als Brücke zu den Entscheidungsträgern.

Der Vertreter der Plattform „Rotonda“ **Bojan Mevlja** stellte dann noch die Arbeit seiner Vereinigung vor, die die Zusammenarbeit mehrerer Organisationen erleichtert.